

BERLIN MUSS KLIMAGERECHT!

Forderungen 2026



Präambel

2015 haben sich fast alle Länder völkerrechtlich dazu verpflichtet, die globale Erhitzung deutlich unter 2 Grad Celsius zu halten und im Idealfall auf 1,5 Grad zu beschränken.¹ Auch Deutschland hat das Pariser Klimaabkommen unterschrieben, und doch reichen die gesetzten deutschen Klimaziele bei weitem nicht aus.

In Berlin wird ebenfalls nicht genug im Kampf gegen die Klimakrise unternommen – trotz der globalen Verantwortung, die wir als Hauptstadt einer führenden Industrienation innehaben. Berlin will bis spätestens 2045 klimaneutral sein. Bis 2030 sollen die CO2 Emissionen um 70% reduziert werden.² Diese Ziele hat Berlin sich im Klimaschutz- und Energiewendegesetz (EWG) selbst gesetzt. Für den Weg dahin wurde als zentraler Baustein das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK 2030) beschlossen – doch seit 2024 blockiert die CDU die Fortschreibung dieses Programms.³ Aus diesem Grund ist völlig unklar, wie es um die Erreichung der selbstgesteckten – nicht einmal ausreichenden – Ziele steht. Es gibt keine sektorbezogene Klimapolitik auf Landesebene, keine Verpflichtung, Daten zur Entwicklung der Sektoren offenzulegen, und keine Verantwortungsübernahme von Seiten der Landesregierung.

Als junge Berliner*innen können wir dies nicht hinnehmen. Die wichtige Rolle von Großstädten wie Berlin in der Bewältigung der Klimakrise ist unumstritten. Berlin muss eine Vorreiterrolle einnehmen. Das mindeste wäre, die selbstgesteckten Ziele zu erreichen. Die Abgeordnetenhauswahl 2026 kann einen Wendepunkt in der Berliner Klimapolitik markieren. Eine neue Landesregierung muss Verantwortung in der Bewältigung der Klimakrise übernehmen.

Als überparteiliche Bewegung sprechen wir hiermit jede demokratisch Partei und jede*n Vertreter:in einer Partei sowie parteilose Abgeordnete an, die Klimakrise in ihrer Bedrohung und Auswirkung endlich ernst zu nehmen und dementsprechend zu handeln. Wir rufen die gesamte Berliner Zivilgesellschaft dazu auf, den Druck auf diese Organe dahingehend zu erhöhen und sich uns in dieser Sache anzuschließen.



Allgemein

Unsere Forderungen teilen sich in fünf konkrete Bereiche auf: Mobilität, Energie- & Wärmewende, Wohnen & Bauen, Bildung und Klimaanpassung. Allen Punkten zugrunde liegen Grundprinzipien:

Die Einhaltung der 1,5-Grad-Grenze muss Ziel jeder Verwaltung und des politischen Handelns auf kommunaler, Landes-, Bundes- und Europaebene sein. Klimaschutz muss bei jeglichen Überlegungen oberste Priorität haben und darf nicht hinter kurzfristigen wirtschaftlichen Erfolg und den Profit einiger weniger Unternehmen gestellt werden. Sollten aktuelle Strukturen dem im Wege stehen, müssen diese verändert werden.

Erneuerbare, nachhaltige Lösungen und Technologien müssen immer vor fossilen, zukunftszerstörenden stehen.

Ob Energieversorgung, Wärmenetz, Mobilität, Versorgung oder Abfallwirtschaft – Berlin muss auf erneuerbare, regenerative und nachhaltige Lösungen setzen. Ein nachhaltiger Umgang mit unserem Planeten muss Teil unserer Gesellschaft, unserer Kultur und unseres Wirtschaftens werden. Um wirklich zukunftsorientiert Politik zu machen, müssen wir aufhören, an die Illusion des unendlichen Wachstums zu glauben.

Wir fordern, dass alle nötigen Umgestaltungsprozesse sozialverträglich und gerecht gestaltet werden.

Der Wandel hin zu einer klimagerechten Zukunft muss gesamtgesellschaftlich passieren, jeden Lebensbereich mit einschließen und darf niemanden ausschließen. Außerdem muss er transparent und in hohem Maße partizipativ gestaltet werden. Es ist die Aufgabe der Berliner Landesregierung sowie der Bezirke, die dafür entsprechenden Maßnahmen, Pläne und Gesetze zu formulieren und umzusetzen.

Mobilität

Ein gerechter, verlässlicher, bezahlbarer und sicherer ÖPNV ist Voraussetzung für eine klimagerechte, soziale und lebenswerte Stadt für alle. Niemand sollte auf ein Auto angewiesen sein oder durch die Autonutzung anderer in Lebensqualität und Gesundheit eingeschränkt werden. Klimaneutrale Mobilität muss für alle zugänglich und attraktiv sein.

Berlin muss eine Stadt für Menschen statt für Autos sein.

Während die Zahl der Autos in Berlin steigt, sinkt das Verkehrsaufkommen. Das Auto ist damit in Berlin meist nicht Notwendigkeit, sondern Bequemlichkeit – auf Kosten der Allgemeinheit. Dauerparkende Autos nehmen Platz weg, erhitzen den Stadtraum und verursachen immense Kosten. Kosten, die mit gerade einmal 10 Euro pro Jahr für einen Anwohnerparkausweis nicht gedeckt werden und somit von allen bezahlt werden.

Um diese Kosten zu decken, müssen die Gebühren für den Anwohnerparkausweis in den deutlich dreistelligen Bereich steigen, wie auch vom Berliner Klimaschutzrat gefordert.⁴ Falschparken muss konsequent verfolgt werden. Öffentliche Parkplätze, vor allem in dicht bebauten Gebieten, müssen in Grünflächen oder in Radwege umgewandelt werden.

Konsequenter Ausbau des ÖPNVs im gesamten Stadtgebiet.

Wir fordern eine konsequente Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs in Berlin als zentrale Grundlage sozialer Teilhabe. Dafür braucht es den Ausbau von S-Bahn-, U-Bahn- und Tram-Verbindungen sowie deutlich höhere, verlässliche und auch in Randbezirken und zu Nachtzeiten stabile Taktungen. Nur ein ÖPNV, auf den sich Menschen im Alltag wirklich verlassen können, garantiert Mobilität unabhängig vom Wohnort. Zudem muss die Erreichbarkeit verbessert werden: Haltestellen sollen sich an realen Fußwegen statt an Luftlinien orientieren, und neue Wohngebiete dürfen nur mit gesicherter ÖPNV-Anbindung entstehen.

Gleichzeitig braucht es mehr Sicherheit im Nahverkehr, insbesondere durch wirksame Schutzkonzepte für FLINTA*-Personen sowie bessere Arbeitsbedingungen für Beschäftigte, damit der Betrieb stabil und zuverlässig gewährleistet werden kann.

Konsequenter Ausbau und Sanierung des Fahrradnetzes.

Wir fordern einen konsequenten Ausbau der Berliner Fahrradinfrastruktur statt Rückbau und Finanzierungsstopp. Das Fahrrad soll für mittlere Distanzen zum Fortbewegungsmittel Nr. 1 werden – dafür muss es einfach, sicher und angenehm sein, sich mit dem Fahrrad durch die Stadt zu bewegen. Bei Infrastrukturplanungen muss Fortbewegung zu Fuß und mit dem Fahrrad priorisiert werden. Das durch eine Volksinitiative erkämpfte und geltende Berliner Mobilitätsgesetz muss konsequent bis 2030 umgesetzt werden.

Es darf nicht verwässert werden.

Energie- und Wärmewende

Technologien, die unsere Luft vergiften und unser Klima zerstören, sind nicht zukunftsfähig. Deshalb braucht es eine Wärmeversorgung ohne Erdgas, ohne Erdöl und ohne Biomasse. Länder können sich eigenständig die Ziele setzen, bei denen die Bundespolitik versagt – Hamburg macht es vor. Berlin kann fossilfrei werden: Für eine sichere, saubere und bezahlbare Wärme der Zukunft.

Berlins Energieversorgung muss 100% erneuerbar sein.

2024 kam die Energieversorgung in Berlin bereits mehr als zur Hälfte aus erneuerbaren Quellen.⁵ Dieser Trend muss entschieden fortgesetzt werden. Berlin muss sofort aus der Kohle aussteigen, keine neuen Investitionen in fossile Energieträger tätigen und voll und ganz auf erneuerbare Energien setzen. Eine enge Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg ist dafür unerlässlich.

Berlins Wärmeversorgung muss bis 2035 100% erneuerbar sein.

Berlin will klimaneutral werden – das bedeutet, die Wärmeversorgung muss 100% erneuerbar werden. Investitionen müssen entsprechend getätigt werden.

Das Heizen mit Wasserstoff und Biomethan lehnen wir aufgrund hoher Kosten, der Nachfrage aus der Industrie und der bisher vollständig fehlenden Infrastruktur für sogenannten "grünen" Wasserstoff ab. Rund ein Drittel aller Gebäude in Berlin beziehen Fernwärme.⁶ Auch die Fernwärmenetze müssen auf Erneuerbare umgestellt werden. Geothermie, Abwärme und Großwärmepumpen sind zukunftsfähige und vollständig erprobte Technologien.

Berlin braucht ein vom Bund unabhängiges Erneuerbare-Wärme-Gesetz.

Ein Erneuerbare-Wärme-Gesetz schreibt einen CO₂-Grenzwert fest, der kontinuierlich sinkt und dient als klarer Fahrplan für die Wärme der Zukunft. Wir brauchen jetzt auf Landesebene ein Verbot für den Verkauf und Einbau neuer fossiler Heizungssysteme, wie Öl- oder Gaskessel. Durch Neubau und den Austausch alter Heizungen muss bis 2035 ein kompletter Austausch durch erneuerbare Heizsysteme stattfinden.

Die Wärmeversorgung muss sozial gerecht geregelt sein.

Wärme ist ein Grundbedürfnis – die Energiekrise und steigende Preise lösen Ängste und Unsicherheiten aus. Menschen sind besorgt um ihre Zukunft und ihren Lebensunterhalt. Die Wärmewende darf nicht einzelnen Personen auferlegt werden, sondern muss gemeinsam bewältigt werden. Es ist die zentrale Aufgabe des Landes, eine sozialverträgliche Preisgestaltung sicherzustellen und Netze gemäß den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger aufzubauen. Die kommunale Wärmeplanung muss nachvollziehbar und vertrauensvoll sein und klar kommuniziert werden. Wir fordern, dass die Planung und der Ausbau gut organisiert und transparent einsehbar sein müssen. Gemeinsam erarbeitete Konzepte, Partizipation, jährliche Fortschrittsberichte und die Einrichtung einer eigenen Beratungs- und Kommunikationsstelle sind unerlässlich.

Wohnen und Bauen

Der Gebäudesektor ist in Berlin für rund ein Drittel der CO₂-Emissionen verantwortlich.⁷ Der Bausektor hat auch ein Ressourcenproblem: Die Hälfte aller in Deutschland produzierten Rohstoffe werden durch Bautätigkeiten verbraucht⁸ und die Baubranche verursacht mehr als die Hälfte des Müllaufkommens.⁹ Das Verbrauchs- und Wegwerf-System im Bauwesen muss in ein Gebrauchs- und Kreislaufsystem umgewandelt und Gebäude als Rohstofflager und Kohlenstoffspeicher betrachtet und umgewandelt werden.

Berlin muss eine Stadt für alle statt für Investor*innen sein.

Bauen und Sanieren in Berlin muss unsere Stadt voranbringen, statt Millionengewinne für Großkonzerne und Investor*innen zu generieren. Statt Freiräume wie das Tempelhofer Feld oder das RAW-Gelände für Luxuswohnungen und nicht benötigte Büroflächen zu vernichten, brauchen wir mehr sozialen Wohnraum und Nachverdichtung, etwa durch die Bebauung von Gewerbeflächen wie Supermärkten und Parkplätzen, Aufwertung und den entschlossenen Kampf gegen Mietwucher und Spekulations-Leerstand.

Zwei Millionen Quadratmeter Bürofläche stehen schon heute in Berlin leer.¹⁰ Wir fordern den Stopp großer Büro-Bauprojekte am Gleisdreieck und der Warschauer Straße, sowie die strikte Einhaltung des Volksentscheid zur Freihaltung des Tempelhofer Felds.

Um bestehende Räume nutzbar zu machen, fordern wir Leerstandsaktivierung sowie Spekulationsbremsen und die Umsetzung des Volksentscheids Deutsche Wohnen und Co. enteignen.

Wir brauchen ein Berliner Sanierungsgesetz.

Wir brauchen eine Pflicht zur mietenneutralen, energetischen Sanierung: Der Gebäudesektor ist in Berlin für rund ein Drittel der CO₂-Emissionen verantwortlich.¹¹ Durch ein Berliner Sanierungsgesetz muss eine Reduktion des Heizenergiebedarfs im Gebäudebestands um mindestens 40 % bis 2030 und mindestens 70 % bis 2040 vorgeschrieben werden. Energetische Sanierungen müssen so durchgeführt und unterstützt werden, dass monatliche Warmmieten stabil bleiben. Die Erhöhung der Kaltmiete muss durch die gleichzeitig sinkenden Heizkosten exakt ausgeglichen werden. Förderprogramme wie das Effiziente Gebäude PLUS-Programm müssen fortgeführt und gestärkt werden.

Sanierung statt Neubauten: Es braucht ein Abrissmoratorium für Berlin.

Langfristig verursachen Sanierungen in den meisten Fällen weniger Emissionen als Neubauten - trotzdem ist der Abriss von Gebäuden aktuell in den meisten Fällen nicht genehmigungspflichtig. Wir fordern ein Abrissmoratorium für Berlin, der Abriss nur bei nachgewiesener Unmöglichkeit der Sanierung oder Umnutzung erlaubt. Berlin braucht eine Anpassung der Landesbauordnung zur Bevorzugung von Umbau- und Umnutzungsprojekten, beispielsweise durch die Einführung einer Genehmigungspflicht für den Gebäudeabriss, und ein verpflichtendes „Umbau-vor-Neubau“-Prinzip mit Klima-

prüfung in der Stadtentwicklung. Dies muss durch die Förderung von Aufstockung im Bestand und der Umnutzung von Büro- und Gewerbeflächen ergänzt werden. Die Landesbauordnung muss durch Vorgaben für energetische Standards, eine Solardachpflicht sowie erhöhte vorgeschriebene Grundstücksanteile für Begrünung ergänzt werden. Für die Baugenehmigung ist eine Lebenszyklusbetrachtung verpflichtend einzuführen.

Bildung

Bildung für nachhaltige Entwicklung ist essentiell zur Bewältigung der Klimakrise. Sie verknüpft wissenschaftliches Verständnis mit Handlungskompetenz. Dadurch befähigt sie Lernende jeden Alters, Ursachen und Folgen des Klimawandels zu verstehen, gesellschaftliche Strukturen zu hinterfragen und aktiv an nachhaltigen Lösungen mitzuwirken. Damit Bildung auch zukünftig ihre grundlegende Aufgabe erfüllen kann, junge Menschen zu mündigen und selbstbestimmten Persönlichkeiten zu entwickeln, die in der Lage sind, ihr Leben eigenverantwortlich zu gestalten und aktiv, verantwortungsvoll an unserer demokratischen Gesellschaft teilzunehmen, muss sie die Klimakrise thematisieren.

Feste Verankerung von Klimabildung an Schulen und weiterführenden schulischen Einrichtungen.

Bildung muss an die Lebensrealität junger Menschen anknüpfen, die in einer Welt aufwachsen, die immer stärker von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen ist. Über die Hälfte junger Menschen hat extreme Sorgen vor den katastrophalen Folgen des Klimawandels. Bildung muss dieser Angst entgegentreten. Die Themen Klima und nachhaltige Lebensweisen müssen zu einem festen Bestandteil jedes Bildungswegs werden. Dafür muss Klimabildung fächerübergreifend stattfinden. Bisher geben nur wenige Schüler*innen an, umfangreiches Wissen über den Klimawandel, seine Folgen und die Auswirkungen auf ihr künftiges Leben, zu besitzen. Bildung muss es sich zur Aufgabe machen, diese Wissenslücken zu füllen und junge Menschen damit in Zeiten der Klimakrise handlungsfähig zu machen. Durch Anpassung von Lehrplänen sollte Berlin jährlich stattfindende Klima-Workshops an Schulen und Klima-Ringvorlesungen mit ECTS-Anrechenbarkeit für jeden Studiengang einführen. Zudem sollte das Land Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte und Dozierende fördern.

Nachhaltige Sanierung aller Bildungseinrichtungen in Berlin: Kitas, Schulen, Hochschulen und Universitäten müssen bei der nachhaltigen Gebäudesanierung und der damit verbundenen Ausarbeitung von Nachhaltigkeitskonzepten unterstützt werden.

Bildungseinrichtungen sind selbst immer wieder stark von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen. Schultage fallen aufgrund von Hochwasser und Hitzewellen aus. Teils müssen Gebäude ganz geschlossen werden, da sie aufgrund der Kürzungen zerfallen. Die Bildung junger Menschen leidet darunter erheblich. Bildungseinrichtungen fehlt das Geld für Nachhaltigkeitskonzepte und Klimaanpassungsmaßnahmen, geschweige denn, um Gebäude nachhaltig zu modernisieren. Berlin muss Gelder für die klimaangepasste und nachhaltige Sanierung aller Bildungseinrichtungen bereitstellen, um die Vorgaben des Berliner Klimaschutz- und Energiewendegesetzes bis 2035 umzusetzen. Bildung muss Nachhaltigkeit nicht nur thematisieren, sie muss auch nachhaltig stattfinden.

Schutz der demokratischen, politischen Teilhabe von Schüler*innen, Auszubildenden und Studierenden und das Ende politischer Repressionen.

Bildung muss politische Teilhabe fördern. Schulen müssen ein Ort sein, an denen alle jungen Menschen Demokratie erleben, einüben und verstehen können. Bildung schafft die Voraussetzungen dafür, dass junge Menschen ihre Rechte kennen, ihre Stimme nutzen und sich wirksam an gesellschaftlichen Entscheidungen beteiligen können. Junge Menschen auf ihrem schulischen Bildungsweg haben das Recht, an politischen Protest- und Aktionsformen teilzunehmen. Ihre politische Beteiligung darf von Seiten der Bildungseinrichtungen weder untersagt, noch bestraft werden. Die Aussetzung der Schulpflicht zur demokratischen, politischen Beteiligung muss ermöglicht werden.

Stadtplanung und Klimaanpassung

Die Klimakrise schreitet immer weiter voran. Aus diesem Grund sind mittlerweile neben Maßnahmen zu ihrer Begrenzung auch Maßnahmen zur Anpassung notwendig, damit Berlin kurz- wie langfristig eine lebenswerte Stadt bleibt. Die folgenden Maßnahmen sind Beispiele, weitere müssen geprüft werden.

Berlins Versorgung mit öffentlichem Trinkwasser muss bis 2028 von aktuell 238 auf mindestens 1000 Brunnen erhöht werden.¹²

Ein Berlin, das die eigene Bevölkerung in den heißesten Jahren seit Beginn der Wetteraufzeichnungen im Stich lässt, macht etwas falsch. Deshalb braucht es eine Wasserinfrastruktur ohne Barrieren, ohne Konsumzwang und ohne die Verschwendung wertvoller Ressourcen. Andere europäische Großstädte wie Kopenhagen und Wien machen es vor. Den reinen Verweis auf kommerziellen Flaschenwasserkonsum oder Alibi-

Anlagen lehnen wir aufgrund mangelnder sozialer Inklusion, hoher CO₂-Belastungen durch Transportwege und der Benachteiligung von Menschen mit Mobilitätseinschränkungen ab. Bisher gibt es viel zu wenige frei zugängliche Zapfstellen im öffentlichen Raum.

Berlins Flachdächer müssen ab einer Fläche von 50 Quadratmetern bei allen Neubauten verpflichtend begrünt oder mit Solaranlagen versehen werden. Im Gebäudebestand muss dies massiv gefördert werden.¹³

Gebäude, die im Sommer Hitze speichern und Regenwasser ungenutzt ableiten, sind nicht zukunftsfähig. Deshalb braucht es eine Bauweise ohne nackten Asphalt und unnötige Versiegelung. Berlin kann grüner und kühler werden: Für eine klimagerechte, gesunde und lebenswerte Stadt der Zukunft. Das bloße Vertrauen auf Freiwilligkeit im Immobiliensektor lehnen wir aufgrund des schleppenden Tempos beim Klimaschutz, der zunehmenden Überhitzung unserer (besonders armen) Viertel und des akuten Verlusts von Biodiversität ab.

Bei jeder künftigen Straßensanierung und Freiraumgestaltung fordern wir weitgehende Änderungen zur Schwammstadt und Entsiegelung.

Das Berliner Klimaanpassungsgesetz muss endlich umgesetzt werden. Bei jeder Straßensanierung muss das Konzept der blau-grünen Infrastruktur¹⁴ umgesetzt werden, damit Regenwasser für Speicherung, Verdunstung, Kühlung und Bewässerung verfügbar ist. Über Anpassungen der Landesbauordnung müssen wasserdurchlässige Bodenaufbauten für Parkplätze und Gewerbeflächen zur Regel werden. Bei der Neugestaltung von Plätzen und Parks müssen durch eine Anpassung des Grünanlagengesetzes hohe Grünanteile und wasserdurchlässige Bodenbeläge vorgeschrieben werden. Eine Prämie für öffentliche und private Entsiegelungsprojekte soll eingerichtet werden.

Landeswassergesetz und Straßenbauvorschriften müssen an die Realität des Klimawandels angepasst werden. Weil Personal und Gelder zur Umsetzung der Vorschriften fehlen, muss das Land Berlin den Bezirken Förderungen bereitstellen.

Quellen und Verweise

1. Vgl. Pariser Klimaabkommen (bpb, ohne Datum): <https://www.bmz.de/de/service/lexikon/klimaabkommen-von-paris-14602>
2. Vgl. Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2030: <https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2022/pressemitteilung.1277058.php>
3. Vgl. Investitionen des Berliner Senats (taz, 27.01.2026): <https://taz.de/Investitionen-des-Berliner-Senats/!6148655/>
4. Vgl. Stellungnahme des Berliner Klimaschutzrates (28.05.2025): Handlungsempfehlungen des Berliner Klimaschutzrats zu „Klimaschutz im Verkehrssektor“, <https://www.berlin.de/klimaschutzrat/stellungnahmen/>
5. Vgl. Stromeinspeisung in Berlin und Brandenburg (statistik Berlin Brandenburg, 05.06.2025): <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/083-2025>
6. Vgl. Fernwärme dominiert in Großstädten (stadt+werk, 10.07.2024): <https://www.stadt-und-werk.de/k21-meldungen/fernwaerme-dominiert-in-grosstaedten>
7. Vgl. CO₂-Emissionen Gebäudesektor (Bericht zum Doppelhaushalt 2026/2027, Abgeordnetenhaus Berlin, 11.11.2025): <https://www.parlament-berlin.de/adosservice/19/Haupt/vorgang/h19-2565-v.pdf>
8. Vgl. Ressourcenverbrauch im Bauwesen (BMUKN, ohne Datum): <https://www.ressource-deutschland.de/themen/bauwesen/ressourcenverbrauch-im-bauwesen>
9. Vgl. Kreislaufwirtschaft am Bau (DUH, ohne Datum): <https://www.duh.de/informieren/ressourcen-und-abfall/kreislaufwirtschaft-am-bau/>
10. Vgl. Büroleerstände in Berlin (rbb, 17.11.2025): <https://www.rbb24.de/wirtschaft/beitrag/2025/11/berlin-grosse-bueroleere-leerstand-bueroflaechen-homeoffice.html>
11. Vgl. CO₂-Emissionen Gebäudesektor (Bericht zum Doppelhaushalt 2026/2027, Abgeordnetenhaus Berlin, 11.11.2025): <https://www.parlament-berlin.de/adosservice/19/Haupt/vorgang/h19-2565-v.pdf>
12. Vgl. Berliner Wassertisch fordert mehr Trinkbrunnen in Berlin (tagesspiegel, 23.08.2022): <https://www.tagesspiegel.de/berlin/berliner-wassertisch-fordert-mehr-trinkbrunnen-in-berlin-8590570.html>
13. Vgl. Ziele und Politikinstrumente für klimaresiliente Schwammstädte. Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt „Neues Europäisches Bauhaus weiterdenken – AdNEB“ (Umweltbundesamt, 2024). S. 27.
14. „Grün-blaue Infrastruktur“ beschreibt stadtplanerische Konzepte, bei denen Grün- und Wasserflächen gemeinsam geplant und angelegt bzw. wiederhergestellt werden. Vgl. <https://www.bfn.de/projektsteckbriefe/regionale-blau-gruene-infrastruktur-stadtregionen>